



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Uri



## Dringliche Interpellation

### 70 Mitarbeitende werden kurzerhand auf die Strasse gestellt

Herr Präsident  
geschätzte Damen und Herren

Vor einer Woche wurden die über 70 Mitarbeitenden des Urner Werks der Berghoff-Groupe unvermittelt darüber informiert, dass ihr Betrieb geschlossen werden soll. Kurz vor Weihnachten haben über 70 Betroffene erfahren, dass sie Ende März auf der Strasse stehen und sie hatten die traurige Aufgabe dies ihren Familien mitzuteilen.

Das Vorgehen der Berghoff-Groupe ist höchst unsensibel und lässt jede soziale Verantwortung vermissen. Es liegt die Vermutung nahe, dass quasi auf Vorrat über 70 Menschen aus Gründen der Gewinnoptimierung eines internationalen Unternehmens in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Gestützt auf Artikel 129 der Geschäftsordnung des Landrats stellt die Fraktion von SP und Grünen dem Urner Regierungsrat im Rahmen einer Dringlichen Interpellation die nachstehenden Fragen:

1. Wurde der Urner Regierungsrat im Vorfeld der Entlassung nie über die angeblich bestehenden Schwierigkeiten der Firma informiert?
2. Warum hat sich der Regierungsrat zwar betroffen gezeigt über die Entlassung von über 70 Personen bei einem offenbar noch rentablen Unternehmen, diese Entlassungen aber doch akzeptiert? Oder hat der Regierungsrat in den letzten Tagen in Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Berghoff-Groupe versucht, die Werkschliessung zu verhindern?
3. Wurde seitens des Regierungsrates mit der Firma über die Einführung von Kurzarbeit zur Überbrückung einer möglicherweise nur vorübergehenden Nachfragebaisse verhandelt?
4. Liegt seitens der Firma ein Sozialplan vor und wenn ja, ist dieser ausreichend?
5. Welche Massnahmen trifft der Kanton, um die Situation für die Betroffenen tragbar zu machen und ihnen eine Perspektive zu geben?

6. Die Firma Berghoff ist erst einige Jahre in Uri. Wurden ihr bei der Ansiedlung Vergünstigungen seitens der öffentlichen Hand (Bund/Kanton/Gemeinden) gewährt und in welchem finanziellen Rahmen?
7. Wurden Steuererleichterungen gewährt und in welchem Ausmass?
8. Werden allfällig gewährleistete Vergünstigungen, bzw. Steuererleichterungen bei der plötzlichen Schliessung des Betriebs zurückgefordert, um allenfalls den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern finanziell zu helfen?


Mit der Beantwortung unserer Fragen kann nicht lange zugewartet werden. In etwas mehr als 3 Monaten sollen mehr als 70 Menschen entlassen werden. Wir beantragen deshalb für die Interpellation Dringlichkeit.

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen.

Altdorf, 11. Dezember 2019

Erstunterzeichner  
Viktor Nager

Zweitunterzeichnerin  
Jolanda Joos

  
.....  
Unterschrift

  
.....  
Unterschrift